

Absender:

Fraktion BIBS im Rat der Stadt

17-06006

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Sicherstellen eines unverzüglichen Informationsflusses bei Störfällen in Thune zu Anwohnern und Einrichtungen vor Ort

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.12.2017

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

12.12.2017 N
19.12.2017 Ö

Beschlussvorschlag:

Stadtverwaltung und Feuerwehr verlangen im Fall radioaktiver Störfälle von den in Thune ansässigen, verursachenden Firmen sofortige Informationen, um auch Anwohnerschaft, Schulen und sonstige Einrichtungen am Ort ohne Verzug informieren zu können.

Begründung:

Vom Störfall am 22.11.2017, als eine radioaktive Jod-131 Wolke austrat, erfuhren die zuständigen städtischen Behörden und die Feuerwehr erst eine Woche später aus der Zeitung. In der Folge konnten auch die AnwohnerInnen nicht umgehend informiert werden. Die Nachbarschaft hatte dadurch nicht einmal Gelegenheit, sich durch Schließen von Fenstern und Türen vor den radioaktiven Partikeln zu schützen. Zwar wurden MitarbeiterInnen der verursachenden Firma aus den Produktionsräumen, nicht aber Lehrer- und Schülerschaft aus der angrenzenden Schulen evakuiert. Sie wurden nicht einmal gewarnt und konnten so eine vorsorgliche Aussetzung des Unterrichts nicht einmal in Erwägung ziehen.

Eine derartig grob fahrlässige Verfahrensweise darf sich nicht wiederholen.

Anlagen: keine